Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 198 — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,02 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610. Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 19. April

Anzeigenpreis: Einspaltige Zeile 25 Pfg., Geschäftsanzeigen 20 Pfg. + 10% Aufschlag. Auswärtige Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. — Rabatt nach Tarif.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Beschießung feindlicher Lager zwischen Dünkirchen und Nieuport

Staatssekretär v. Capelle über den U-Bootskrieg

Der Gefahrpunkt für England eingetreten

Berlin, 18. April. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages, in der die Aussprache über die U-Bootsfrage fortgesetzt wurde, erklärte Staatssekretär von Capelle:

„Der Hauptpunkt der gestrigen Ausführungen waren die wirtschaftlichen und innerpolitischen Folgen des U-Bootskrieges während der nächsten Monate. Der Gefahrpunkt für England ist, wie auch die „Germania" zutreffend schreibt, bereits eingetreten. Die Lage der Westmächte verschlechtert sich von Tag zu Tag." Der Staatssekretär ging sodann kurz auf die Berechnung der Welttonnage eines Abgeordneten ein, die im Sommer vorigen Jahres eine Rolle gespielt hat: „Diese Berechnung weist gegenüber der Tonnageberechnung des Admiralstabes eine Differenz von neun Millionen Tonnen auf. Nach meiner Meinung ist die Berechnung des Admiralstabes richtig. Woher käme denn sonst die Frachtraumnot der Entente, die man dort angesichts der vorliegenden Tatsachen nicht hinwegdisputieren kann. Der Admiralstab hat sich in seiner Berechnung der jeweiligen Lage der Schiffahrt angepaßt. Anfangs setzte jeder der feindlichen Staaten für sich, später wurde gemeinschaftlicher Tonnagebetrieb unter Englands Leitung eingerichtet. Der Staatssekretär gab die Berechnung des amerikanischen Schiffahrtsamtes der Welttonnage für Herbst 1917 wieder, in der die Welttonnage 32 Millionen B.-R.-T. betrug, in der als über See gehend nur 21 Millionen B.-R.-T. angeführt sind. Man tut aber gut, nicht so viel auf alle diese Berechnungen zu geben, sondern sich lieber an die erfreuliche Tatsache zu halten, daß der Gefahrpunkt für die Westmächte erreicht ist."

*

Berlin, 18. April. Im weiteren Verlauf der Besprechungen über den Haushalt für die Marine im Hauptausschuß sagte Abg. Graf Westarp (Kons.): Mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie herrscht im Hauptausschuß volle Uebereinstimmung, daß der U-Bootkrieg uneingeschränkt fortgesetzt werden müsse. Man sehe darin ein Mittel, um zum Frieden zu gelangen und England mürbe zu machen. Das Ergebnis der Aussprache sei 1., daß nach übereinstimmender Meinung die Rüstung der U-Boote mit äußerster Kraft fortgesetzt werde, ohne Rücksicht auf die Dauer des Krieges, 2., daß der U-Bootkrieg mit allen Mitteln in aller Schärfe fortgesetzt werde und daß auch — nach seiner Meinung — in dem Falle, daß England einen Waffenstillstand beantrage; eine Aufhebung der Blockade könne nicht als Gegenleistung angesehen werden.

Große Erfolge in Finnland

Stockholm, 18. April. Nach einem Telegramm aus Abo haben die Roten Gardisten auch Salo, Mustad, Siihimaki und Lahtes verloren. Die deutschen Truppen haben sich mit Mannerheims Heer vereinigt, so daß jetzt das ganze südwestliche Finnland von den Aufrührern befreit ist. Die Rote Garde bei Toilala ist vollständig umzingelt.

Stockholm, 18. April. Wie der Berichterstatter des „Aftonbladet" in Abo meldet, hat sich dort nach der Einnahme der Stadt durch die Weißen Gardisten herausgestellt, daß die roten Gardisten einen Schaden in Höhe von mehreren Millionen angerichtet haben, indem sie 13 im Hafen liegende Dampfer, das Telegraphenamt und die Telephonzentrale zerstörten, die Lebensmittelvorräte wegführten, Geschäfte und Aemter plünderten, sowie in allen öffentlichen Gebäuden große Verheerungen anrichteten. Die Weißen Gardisten, die unter Führung des schwedischen Leutnants Grafen Ehrensvaerd eingezogen sind, wurden als Befreier begrüßt.

Die Riesenkirchhöfe der Blüte des englischen Heeres

Berlin, 18. April. Zonnebeke, Paschendaele, Poelkapelle und Langemark sind wieder in deutschem Besitz. Auf der ganzen Welt gibt es keinen Flecken Boden, um den so viel Blut geflossen ist, wie um diese vier flandrischen Dörfer, die in Wirklichkeit nur noch Schutthaufen und Namen auf der Karte sind. In die Hunderttausende gehen die englischen Verluste der Flandernschlacht. Damals konnte nur dort, wo im rasenden Trommelfeuer das letzte Leben erstorben, die letzte Waffe verschüttet und zerschmettert war, der Brite schrittweise vorwärts kommen. So fielen Langemark, so Poelkapelle, Zonnebeke und Paschendaele in englische Hand. Es waren bitter heiße Kämpfe, denen jedoch jede Entscheidung versagt blieb. Jetzt ist auch der letzte Schimmer eines englischen Erfolges in der Flandernschlacht mit der Wiedereinnahme von Poelkapelle, Zonnebeke, Paschendaele und Langemark für die Engländer ausgelöscht. Die Namen bezeichnen lediglich die Riesenkirchhöfe der Blüte des englischen Heeres.

*

Berlin, 19. April. Englische Blätter sprechen in Telegrammen von der Front zum ersten Male von einer Bedrohung der von den Engländern besetzten französischen Häfen. Die „Times" erfährt, daß die französischen Verstärkungen in der Nähe der britischen Linien eingetroffen sind.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 18. April, abends. (Amtlich.)

In Flandern und auch im Schlachtfelde an der Lys ist die Lage unverändert.

Nordwestlich von Moreuil brachen starke französische Angriffe blutig zusammen.

Zwischen Dünkirchen und Nieuport

Berlin, 18. April. (Amtlich.) In der Nacht vom 17. auf 18. April wurde Ostende von See aus beschossen. Militärischer Schaden ist nicht entstanden.

Unsere Torpedoboot-Streitkräfte nahmen am Morgen des 18. April feindliche Lager- und Stapelplätze zwischen Dünkirchen und Nieuport mit 600 Schuß unter Feuer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 18. April. Amtlich wird verlautbart:

Zwischen dem Garda-See und der Piave lebhafter Artilleriekampf und rege Fliegertätigkeit.

In Albanien errang der Offiziersstellvertreter Arrighi seinen 24. Luftsieg.

Der Chef des Generalstabes.

Der letzte Fliegerangriff auf Paris.

Bern, 18. April. Der letzte deutsche Fliegerangriff auf Paris in der Nacht vom 12. zum 13. hat den Pariser Blättern zufolge bedeutenden Sachschaden angerichtet. Die Zeitungen berichten, daß in einer sehr belebten Straße im Stadtzentrum gegenüber einer Untergrundbahn-Station eine Bombe einen ungeheuren Trichter aufwarf und die Gasleitung durchschlug. Die Explosion und der darauffolgende Brand verursachten außerordentlich großen Sachschaden. Im Umkreise von 200 Metern sind sämtliche Häuser beschädigt, Fenster und Türen herausgerissen, die Stationen der Untergrundbahn schwer beschädigt. Mehrere Personen wurden an dieser Stelle getötet, zahlreiche verschüttet. Die abgeworfenen Geschosse sind Torpedos. Den Zeitungen zufolge haben die deutschen Flieger eine neue Taktik verfolgt. Man vermutet, daß sie die französischen Linien im Gleitflug überflogen, um nicht durch Motorenlärm Aufmerksamkeit zu erregen. Sofort nach dem ersten Alarmzeichen nachts 10 Uhr 10 Min. waren auch schon die ersten Explosionen vernehmbar. Wegen der darauffolgenden Panik konnten die Unterstandsklatschen nicht angebrannt werden, was die Mehrzahl der Opfer verursachte.

Die französische Presse über die englischen Niederlagen

Bern, 18. April. Die Schlacht bei Armentières nimmt das Interesse der französischen Presse immer mehr in Anspruch. Die Presse verhehlt sich nicht mehr, daß die Lage seit Sonnabend sehr ernst geworden ist. Der Vorstoß gegen Bailleul nordwestlich Berbune sei eine ernsthafte Bedrohung der englischen Front, sowohl bei Arras wie an der Yser. „Echo de Paris" meint: Die Deutschen wollten vor allem die Riesenbahnlinie Hazebrouk—Poperinghe erobern, um die Verbindung der Engländer mit Ypern abzuschneiden. Hoffentlich würden die Engländer alles tun, um diesen Stoß, der gegen Calais zielt, aufzufangen. Es sei höchste Zeit, daß der deutsche Vormarsch zum Stillstand gebracht werde. „Matin" erklärt, daß die wichtigen strategischen Stellungen und Höhen vor Caesel zwischen St. Omer und Ypern nur noch 17 Kilometer hinter der englischen Front liegen. Es sei von höchster Wichtigkeit, den deutschen Stoß durch Einsatz von Reserven möglichst schnell anzuhalten. „Petit Parisien" hebt hervor, daß diesem Manöver Hindenburgs nicht mehr durch Teilvorstöße entgegengetreten werden könne. Man müßte eine große Gegenoffensive einsetzen; nur so sei die Gefahr zu bannen.

Die englischen Dum-Dum-Geschosse

Berlin, 18. April. Die Nachrichten über die Verwendung von Explosivgeschossen durch die englische Infanterie häufen sich; sie kommen von fast allen Teilen der englischen Front. Ein neuer krasser Fall wurde am 11. April durch ein bayerisches Regiment in der Gegend östlich Arras festgestellt. Dort wurde eine vollgefüllte englische Maschinengewehrtrommel eingebracht, in der Explosivgeschosse mit gewöhnlichen Infanteriepatronen vermischt eingegurtet waren. Die Art der Explosivgeschosse ist dieselbe, wie sie leuthin auch von anderen Frontteilen in größerer Menge eingeschickt wurde. Sie sind zum Teil Infanteriegeschosse, zum Teil Patronen, die an Stelle des gewöhnlichen Geschosses einen zackigen Beispiltter mit darüber gesetzten Papierpropfen enthalten. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die völkerrechtswidrige Munition bei den englischen Infanterie allgemein eingeführt und ganz systematisch verwendet wird.

Parlamentarismus

Von Friedrich Künzel

Immer noch spielt das Schlagwort „parlamentarische Regierung" eine große Rolle. Dem Volk wird eingeredet, daß die parlamentarische Regierung eine Regierung durch das Volk sei. Nichts ist falscher als dies. Eine Regierung durch das Volk ist in einem großen neuzeitlichen Staat unmöglich, und es gibt deshalb auch keinen großen Staat mit Volksregierung. Was man parlamentarische Regierung nennt, ist in Wirklichkeit eine Regierung durch eine kleine Zahl auf dem Wege der agitatorischen Bearbeitung der Wähler in das Parlament gelangter Männer, die nach der Verfassung nur ihrem eigenen Gewissen, nicht den Wählern verantwortlich sein sollen. Ihre Befähigung zu dem Beruf des Regierens kann das Volk bei der Wahl nicht prüfen, die Wahl erfolgt vielmehr nach allgemein gehaltenen Parteiprogrammen und nach den den Wählern naheliegenden wirtschaftlichen und sozialen Wünschen. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten spielt bekanntlich außerdem deren Betriebsamkeit und Geschick in der Bearbeitung der Wähler eine größere Rolle, als ihre Kenntnisse und ihre Eignung, weltpolitische Fragen richtig zu beurteilen. Ferner sind selten geistig hervorragende Männer imstande, ein Mandat anzunehmen, da sie zu stark durch berufliche Pflichten in Anspruch genommen und auch nicht gewillt sind, vor der Masse auf dem Bauch zu rutschen. Man muß bedenken, daß die parlamentarische Mitarbeit sehr viel Zeit erfordert und zu 95 Prozent darin besteht, Reden zu halten, und solche von anderen Abgeordneten anzuhören.

Wie wenig die aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehenden Parlamente die eigentlich produktiven, treibenden Kräfte des Volkes vertreten, mag das eine Beispiel zeigen, daß unsere Hansestädte, deren führende Kreise doch für unsere Weltstellung von der allergrößten Bedeutung sind, durch Abgeordnete der Sozialdemokratie im Reichstage vertreten sind, einer Partei also, die bewußt Klassenpolitik treibt und im ausgesprochenen Gegensatz zu den erwähnten führenden Kreisen steht. Welche Rolle Eigennutz, Ehrgeiz und andere persönliche Charaktereigenschaften bei dem Parlamentarismus spielt, mag außer Betracht bleiben.

Die wahre Sachlage also ist die, daß in parlamentarisch regierten Ländern eine kleine Zahl durch Stimmenmehrheit der Wähler berufener Männer ohne besonderen Befähigungsnachweis unumschränkt regiert, bis sie durch einen Wechsel der jeweiligen Parlamentsmehrheit beseitigt oder in ihrer Zusammensetzung verändert wird, während in nicht parlamentarisch regierten Ländern Männer die Regierung führen, die von einem über den Parteien stehenden Staatsoberhaupt auf Grund ihrer Vorbildung und Befähigung ausgewählt werden und die in ihrem Urteil nicht von einer hinter ihnen stehenden Wählermasse, sondern nur von dem Vertrauen des Staatsoberhauptes abhängig und im übrigen ihrem Gewissen verantwortlich sind. In konstitutionell regierten Ländern, wie Deutschland, besitzt daneben das Parlament der Regierung gegenüber ein ausgedehntes Recht der Kontrolle, während eine solche Kontrolle, in den parlamentarisch regierten Ländern nicht vorhanden ist oder lediglich durch die Parteien der Minderheit geübt wird, die wieder ihren Parteientdenzen unterliegen, die dabei selbst nicht auf Unparteilichkeit Anspruch erheben können.

Zu welchem Hemmschuh der Parlamentarismus auf dem Gebiete der inneren Reformen wird, zeigt am besten wohl die soziale Gesetzgebung. Während das monarchisch konstitutionell regierte Deutschland seit Jahrzehnten eine stetig weiter entwickelte Gesetzgebung auf diesem Gebiet betätigte, blieben die uns feindlichen Länder weit zurück und es kostete Jahrzehnte, um in England und in Frankreich nur die ersten Gesetze dieser Art zur Erledigung zu bringen. Aehnlich verhält es sich mit der Steuerpolitik, die in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika trotz Jahrzehnte langer Bemühungen noch nicht zur Durchführung einer allgemeinen progressiven Einkommensteuer gediehen ist. Es soll hiermit an sich nichts über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Gesetze gesagt werden, aber die Leistungsfähigkeit der politischen Systeme wird durch diese Beispiele jedenfalls auf schlagende Weise bewiesen. Zur Bewertung des parlamentarischen Systems genügt es endlich, darauf hinzuweisen, daß ein Bismarck in einem so regierten Staat als Ministerpräsident und Reichskanzler nicht möglich gewesen wäre — es würde dann heute auch keinen Reichstag geben, in dem man sich über den Ausbau des Deutschen Reiches unterhalten könnte.

Man soll sich also hüten, Schlagworte, wie demokratische Reformen, Parlamentarismus usw. während des jetzigen furchtbaren Krieges zum Schlachtruf politischer Kämpfe zu machen. Nur den Feinden geschieht damit ein Gefallen, die Einigkeit des Volkes wird aufs peinlichste erschüttert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191804191-18/fragment/page=0001

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. April 1918.

Am Bundesratstisch: Rüdlin.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnete die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Posthaushalts wurde fortgesetzt.

Abg. **Meyer-Herford** (Natl.): Die Telephonverbindung bei Ferngesprächen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Auch im Telegraphenverkehr hat man mit großen Verzögerungen zu rechnen. Bei verloren gegangenen Paketen sollte die Wertvergütung erhöht werden. Das Fernsprechwesen auf dem platten Lande muß gefördert werden. Die jetzt für die Beamten ausgeworfenen Teuerungszulagen sind unzureichend. Die oberen Beamten sollten im Gehalt den preußischen Beamten gleichgestellt werden. Den ehemaligen Offizieren sollte im Postdienst eine angemessene Anrechnung ihrer Militärzeit zuteil werden. Den Oberpostdirektoren sollte der Titel „Präsident" verliehen werden. Die technischen Beamten dürfen nicht länger Stiefkinder der Postverwaltung bleiben. Für die weiblichen Angestellten freuen wir uns, daß ihnen unkündbare Stellungen eingeräumt werden. Die Einrichtung von Beamtenausschüssen ist notwendig. Die Kriegsjahre müssen bei der Pensionierung angemessen angerechnet werden.

Abg. **von Flemming** (Kons.): Rücksichtsloses Einschreiten gegen die Postdiebstähle ist notwendig. Kinderreichen Familien sollten unabhängig von der Besoldungsvorlage ausreichende Unterstützungen zuteil werden. Landbriefträger und Postverwalter müssen besser gestellt werden. Wir bedauern, daß hinsichtlich der Ostmarkenzulagen die Reichsbeamten weiter schlechter gestellt bleiben sollen als die preußischen Beamten. Die Ostmarkenzulagen sollten wieder eingeführt werden.

Staatssekretär **Rüdlin**: Beim Postscheckverkehr werden bei Überschreitung von eingehenden Postanweisungen auf ein Postscheckkonto keine neuen Gebühren erhoben. Pressegespräche Berlin—Wien sind zur Zeit noch nicht möglich. Es ist mir nicht bekannt, daß Leute über 40 Jahre nicht mehr bei der Post eingestellt werden. Die Verhandlung mit den Beamtenverbänden ist wegen der großen Zahl dieser Verbände nicht möglich. Grundsätzliche Bedenken habe ich nicht. Statt der Teuerungszulagen wollen unsere Postarbeiter lieber Lohnerhöhungen, die wir ihnen auch in ausgiebigem Maße gewähren. Die vorgebrachten Wünsche für die einzelnen Beamtengattungen werden wohlwollend geprüft werden.

Abg. **Bruhn** (Deutsche Fraktion): Die Überlastung des Telegraphen ist mit auf die übermäßig vielen Militärdepeschen zurückzuführen. Vieles könnte brieflich erledigt werden, namentlich im Verkehr der militärischen Stellen im Inland. Der Handwerkersand muß durch die Reichsämter möglichst mit Aufträgen bedacht werden. Wir haben volles Vertrauen zu dem neuen Staatssekretär und mit uns die Beamtenschaft.

Abg. **Zubeil** (Unabh. Soz.): Bei keiner anderen Verwaltung herrscht so die Günstlingswirtschaft wie bei der Post. Den Telegraphenarbeitern müßten Wochenlöhne gezahlt werden. Den Aushelfern, unter denen sich viele verheiratete Frauen befinden, sollte genügender Erholungsurlaub und ein freier Tag in der Woche gewährt werden. Bei den Postdiebstählen sollte nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Die Unterbeamten werden streng bestraft, obere Beamten dagegen kommen ins Sanatorium.

Abg. **Dr. Hargh** (Elsj.): Durch die Brief- und Telegrammzensur im Reichsland, die von jungen Damen ausgeübt wird, tritt eine unliebsame Verzögerung des ganzen Verkehrs ein.

Staatssekretär **Rüdlin**: Die Pensionskasse für Telegraphenarbeiter ist längst in Aussicht genommen. Während des Krieges ist es aber nicht möglich, sie ins Leben zu rufen. Ein Unterschied zwischen höheren und unteren Beamten wird bei der Bestrafung von Postdiebstählen nicht gemacht. Die Postüberwachungsstellen im Reichslande unterliegen nicht meinem Einfluß.

Abg. **Dr. Quarck** (Soz.): Man sollte die Besoldung der Frau nicht von vornherein tief unter die der Männer stellen, obwohl sie vielfach genau dasselbe leistet.

Abg. **Dr. Gugelmeier** (Natl.): Viele Behinderungen des Post- und Telegraphenverkehrs könnten beseitigt werden.

Abg. **Stücklen** (Fortschr. Vpt.): Die Portofreiheit der Fürsten sollte endlich verschwinden.

Nach weiterer kurzer Verhandlung wurde Titel 1 „Gehalt des Staatssekretärs", der Entwurf einer fünften Ergänzung des Besoldungsgesetzes sowie die Resolution Hubrich einstimmig angenommen.

Um 8¾ Uhr wurde die Weiterberatung auf Sonnabend, den 20. April nachmittags 3 Uhr vertagt.

Baron Burian an den Grafen Hertling

Wien, 18. April. Der k. u. k. Minister des Äußeren hat an den Reichskanzler Grafen Hertling folgende Depesche gerichtet:

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät, mein allergnädigster Herr, haben mich heute zum Minister seines Hauses und des Äußeren zu ernennen geruht. Indem ich Ew. Exzellenz in meiner neuen Eigenschaft wärmstens begrüße, gebe ich der Bitte Ausdruck, daß Hochdieselben das Vertrauen und Entgegenkommen, deren sich mein Amtsvorgänger in so hohem Maße erfreuen durfte, auch meiner Person entgegenbringen möge.

Die Befestigung und der Ausbau des altbewährten Bündnisses mit dem Deutschen Reiche bildet seit jeher die Grundlage meines politischen Denkens und Fühlens. Auf dieser unverrückbaren Grundlage auch fernerhin weiterzubauen, erachte ich als meine vornehmste Pflicht und so hoffe ich, daß es mir in treuem Einvernehmen mit Ew. Exzellenz vergönnt sein möge, die verbündeten Mächte in nicht allzuferner Zeit dem ersehnten Ziele — einem gerechten und ehrenvollen Frieden — zuführen zu können."

Bakers Bericht

Washington, 18. April. (Reuter.) Kriegssekretär Baker erstattete dem Präsidenten Wilson ausführlichen Bericht über die militärische und politische Lage in Europa. Zu den Zeitungsvertretern sagte Baker, seine Reise würde ein engeres Zusammenarbeiten zwischen dem Kriegsamt und den Armeen zur Folge haben. Er habe durchweg beim britischen, französischen, amerikanischen und italienischen Heere den Geist der Entschlossenheit gefunden. Derselbe Geist beseele die Zivilbevölkerung. Ueber das deutsche Vordringen lehnte Baker es ab zu sprechen und bemerkte nur, Lloyd George habe die Lage richtig beziehungsweise, als er von abwechselndem Bewegungs- und Stellungskrieg [illegible]

Dr. Helfferichs Tätigkeit

Berlin, 18. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Ueber den letzten Besuch des Staatsministers Helfferich im Großen Hauptquartier bringen einige Blätter Andeutungen und Mitteilungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren und deren Tendenz ohne weiteres ersichtlich ist. Wir stellen fest, daß Helfferich sich auf Ersuchen des Reichskanzlers ins Große Hauptquartier begab, lediglich um dort über einige noch schwebende deutsch-bulgarische Wirtschaftsverhandlungen Rücksprache zu nehmen.

Gleichfalls gegenstandslos ist die angeblich aus parlamentarischen Kreisen stammende Mitteilung, daß die Errichtung eines Ministeriums für die Uebergangswirtschaft geplant sein und daß Helfferich die Leitung dieses Ministeriums für sich begehre. Ein Ministerium oder Reichsamt für die Uebergangswirtschaft kommt nicht in Frage. Das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft ist aus guten, von Helfferich selbst seinerzeit geltend gemachten Gründen dem Reichswirtschaftsamt angegliedert worden. Helfferich lehnte bei seinem Rücktritt von dem Posten des Vizekanzlers die Uebernahme eines deutschen Minister- oder Staatssekretärpostens mit Bestimmtheit ab und erklärte sich lediglich zu ehrenamtlicher Uebernahme eines ihn vom Reichskanzler erteilten Auftrages der Zusammenfassung der Vorbereitungen für den wirtschaftlichen Teil der Friedensverhandlungen bereit. Wir haben Grund zu der Annahme, daß Helfferich diesen seinen Standpunkt seither nicht änderte.

Die politischen Parteien in Polen

Warschau, 18. April. Die unter der Führung Lempicks neu entstandene Staatspartei will nach der „Kurjer Polski" der aktivistischen Lösung neues Leben verleihen. Das politische Parteiprogramm zielt auf die Bildung eines lebens- und entwicklungsfähigen starken Staates, die Erweiterung seiner Grenzen nach Osten und die Erlangung natürlicher Grenzen hin. Im Bündnis mit Österreich-Ungarn und Deutschland erstreben sie die Einbeziehung Galiziens in den polnischen Staat, ein wirtschaftliches und militärisches Bündnis mit dem Deutschen Reich. Als Staatsform wünscht die Partei die erbliche konstitutionelle demokratische Monarchie auf ihr wirtschaftliches und soziales Programm zu setzen. Die Staatspartei verlangt die Hebung der Kultur und des Wohlstandes der breiten Volksmassen, die Parzellierung und die innere Kolonisation, die Schaffung von Parzellierungsbanken, die Steuergesetzgebung und den allgemeinen Schulzwang. Der „Katholische Volksbund", der, wie gemeldet, unter der klerikalen Führung in Kielce entstand, bezweckt laut der „Gazeta Poranna" die politische Erziehung der Bauernschaft und setzt auf sein Programm die Bekämpfung der „Volksvereinigung" (Rechter Flügel der Bauernbewegung) und der Linksparteien, die unter den Bauern wirken.

Veränderungen im englischen Kabinett

London, 18. April. Reuter. Amtlich. Lord Milner ist zum Staatssekretär für den Krieg, Earl of Derby zum Botschafter in Frankreich, Winston Chamberlain zum Mitglied des Kriegskabinetts ernannt worden.

*

Berlin, 19. April. Zu den Aenderungen im Londoner Kabinett meint die „V. Z.", angesichts der in den letzten Tagen mehrfach erörterten Möglichkeit, daß Lloyd George von der Durchsetzung seiner Wehrgesetzvorlage in Verbindung mit der irischen Frage sein Verbleiben im Amte abhängig machen wolle, könne man annehmen, daß mit einer Umgestaltung des Ministeriums in diesem kritischen Augenblick eine Stärkung beabsichtigt sein solle. „Daily News" sagen, die Reden des Unterhauses gäben nur ein schwaches Bild der Erbitterung, die stündlich stärker gegen die Wehrvorlage stoße.

Die „Germania" sagt: In England wird nicht allein in militärischen Angelegenheiten über Kopf und Hals gehandelt, sondern auch in den nicht mit dem Krieg zusammenhängenden.

Das geeinte Bulgarien

Sofia, 18. April. Eine Versammlung von 800 Vertretern aller städtischen und ländlichen Gemeinden des Nischer Bezirks ist in Nisch zusammengetreten und hat an Ministerpräsident Radoslawow folgende Depesche abgesandt:

„Wir Vertreter der städtischen und ländlichen Gemeinden des Nischer Bezirkes, die heute zum ersten Male zu einer Konferenz in der Hauptstadt des Morava-Landes, der alten bulgarischen Stadt Nisch, versammelt sind, entbieten Ihnen, Herr Ministerpräsident, unserem gemeinsamen Chef, dem wahren Begründer der Befreiung des Morava-Landes, unsere herzlichsten Grüße und den Ausdruck unserer Freude darüber, die wahre Freiheit genießen zu können. Wir empfinden unsagbare Freude darüber, uns für immer unlösbar mit unseren Stammesbrüdern verbunden zu sehen. Wir wünschen Ihnen, Herr Ministerpräsident, Gesundheit und Kraft, damit Sie Ihr großes Werk vollenden können."

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 17. April. Generalstabsbericht vom 16. April. Mazedonische Front: Im Tale des oberen Skumbi verriefen unsere Posten durch Feuer zwei französische Infanterieabteilungen. Beiderseits der Straße Bitolia-Prilep lebhafte Feuertätigkeit auf beiden Seiten. Oestlich vom Wardar versprengten wir eine vorstehende englische Patrouille. Im Strumatal setzten sich die lebhaften Erkundungsgefechte des 15. April in den Ebenen vor den Stellungen bis in die vorgerückte Nachtstunde fort. Am Prosenik nahmen unsere Einheiten einen Offizier und acht Engländer gefangen und erbeuteten mehrere Maschinengewehre, Bombenwerfer und eine große Anzahl Gewehre und anderes Kriegsmaterial. Auf beiden Seiten des Wardar lebhafte Luftätigkeit beim Feinde. — Dobrudschafront: Waffenstillstand.

Die Beute von Batum

Konstantinopel, 17. April. Tagesbericht vom 17. April. Kaukasusfront: Unsere Truppen nähern sich planmäßig der Karsgegend. An der Küste hat unsere Kavallerie Tschurnk Su (Kobuleti) besetzt. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, haben unsere Besatzungstruppen in Batum von feindlichen fremden Elementen, welche die Festung verteidigten, 600 Mann in Offiziersuniformen und 2500 Mann in Mannschaftsuniformen gefangen genommen. Unter ihnen befindet sich der Festungskommandant und viele hohe Stabsoffiziere. 25 Geschütze verschiedenen Kalibers, Lokomotiven und mehrere Waggons, Automobile, viel Nachrichtenmaterial und Verpflegungsvorräte werden erbeutet.

An der Palästinafront wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Gegen Erzberger

Professor Martin Spahn, der Sohn des Zentrumsparlamentariers, hält im „Tag" dem Zentrum den Erzberger-Spiegel vor, um erneut den Versuch zu machen, die Reichstagsfraktion von dem unheilvollen Einfluße Erzbergers zu befreien. Spahn schreibt zutreffend:

Schon heute mag manches Mitglied der Fraktion mit seinem Empfindungen an die Art und Weise zurückdenken, wie die Zustimmung zur Resolution im vergangenen Sommer zustande kam, und wie die Fraktion gleich hinterher auch noch der einer glatten Mißbilligung durch den Reichsausschuß der Partei gerechtet wurde! Nahm sich Clemenceaus Versuch, die Mitten in der Niederlage noch durch Schriftstücke österreichischer Herkunft zu blamieren, in den Augen der Herren nicht besonders wie eine bloße Nachäffung des Abgeordneten Erzberger aus? Nur daß Clemenceau von Wien her sogar mit erzteuscher Geistesgegenwart entlarvt wurde, während damals Herrn Erzberger niemand nach der Echtheit seiner österreichischen Schriftstücke oder auch nur nach deren Datum gefragt hätte. Vielleicht prüfen die Herren daraufhin, hellsichtig geworden, nachträglich auf seine Richtigkeit auch manches andere noch, was Herr Erzberger ihnen selbstsicher unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit mitteilte. Zur Selbstbesinnung der Fraktion könnte wesentlich beitragen, wenn, wie es den Anschein hat, die staatlichen Behörden, die ihrem politischen Einflusse abträglichen Ausstreuungen Herrn Erzbergers über ihre Absichten und die Zeit endlich nicht mehr gelassen hinnehmen.

Spahn begrüßt deshalb die Abfuhr, die Herr v. Eisenhart Herrn Erzberger hat zuteil werden lassen, und weist im Anschlusse daran darauf hin, daß Erzberger sich trotz der Vorgänge in der rheinischen Zentrumspartei noch immer als Führer fühle und jetzt mit seinen Gesinnungsgenossen im Kreise des „V. Z." durch die „Germania" die Stimmung in der Reichstagsmehrheit aufpeitsche, um eine Erörterung der polnischen Angelegenheit heraufzubeschwören. Hertling solle zu Erklärungen gezwungen werden. Professor Spahn spricht die Mahnung aus:

Glücklicherweise ist Graf Hertling kein weiches Wachs in den Händen der querteiberischen Elemente des Reichstags. Aber vor allem wird jetzt die Zentrumspartei zu beweisen haben, ob sie die Kraft wiedergewonnen hat, die Quertreiber nicht erst an den Kanzler heranzulassen.

Die Fraktion wird dadurch, meint Spahn bedeutungsvoll, der Einigkeit in der Partei, sie wird jedoch nicht minder ihrem eigenen guten Rufe dienen. „Denn so gewiß wie jetzt menschlichem Ermessen nach die Stunde des Sieges naht, so gewiß naht mit ihr auch die Stunde der Abrechnung über die deutsche Staatskunst und Diplomatie kurz vor und im Kriege. Kommt erst, was die neutralen Länder dazu beitragen können, offen und ungeschindet über die Grenze zu dem Anklagestoff, der sich daheim anhäufte, dann wird der Fall Lichnowsky, arm an Bedeutung, erstarren neben einem anderen Falle. Das Persönliche daran wird rasch erledigt sein. Eine Seifenblase, die zerplatzt. Aber dem Vaterlande und der Partei ist zu wünschen, daß sie sich vorher in Sicherheit bringen, und daß nur nach ihre Vergangenheit betreffe, was immer ans Tageslicht kommt."

Fürst Lichnowsky

Berlin, 18. April. Auf der Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Herrenhauses am 26. April steht, wie die „Voss. Ztg." meldet, als 5. Punkt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht I in Berlin um Erteilung der Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Mitgliedes des Herrenhauses Fürsten von Lichnowsky.

Die deutschen Kolonisten in Wolhynien

Kiew, 17. April. Nach einer Meldung der Kiewer Zeitung „Krjewskaja Mysl" hat der ukrainische Landwirtschaftsminister entschieden, daß deutsche Kolonisten, die 1915 infolge der russischen Kriegsgesetze aus Wolhynien vertrieben wurden, ihr Inventareigentum und ihr Land auf Grund des provisorischen Landgesetzes zurückerhalten können.

Hollands Kriegsausgaben

Amsterdam, 18. April. Wie aus dem Haag gemeldet wird, hat Finanzminister Treub heute vormittag in der Zweiten Kammer erklärt, daß die Kriegsausgaben bereits eine Milliarde Gulden überschritten haben und darauf hingewiesen, daß sie auf 1½ Milliarden steigen würden. Augenblicklich könne nicht an eine teilweise Demobilisierung gedacht werden, sobald aber die Gefahr für Holland vermindert sei, werde man sich die Frage vorlegen können, ob nicht eine teilweise Demobilmachung geboten erscheine.

Was die Engländer aus Ostafrika melden

Seit dem 1. April wurden unsere Abteilungen, von der Küste unter General Edwards, vom Nyassa-See unter General Northey, in einer während des Höhepunktes der Regenzeit durchgeführten konvergierenden Bewegung gegen die nördlich vom Lurieflusse zwischen Medodoma und Mwakuboma, 93 bzw. 165 Meilen landeinwärts von Port Amelia, zusammengezogenen deutschen Streitmacht im Anmarsch begriffen. Am 5. April besetzte eine von General Northeys Abteilungen Mahua, etwa 45 Meilen südwestlich Malu und sandte eine Abteilung ostwärts trotz der durch Hochwasser angeschwollenen Flüsse. Am 11. April wurde diese Abteilung in einen heftigen Kampf mit der deutschen Hauptgruppe verwickelt, die sich auf dem Marsch südwestlich Msalu in Richtung auf Malu befand. Schwere Verluste wurden dem Feinde zugefügt. Am gleichen Tage standen Truppen des Generals Edwards in Geschäftsberührung mit einer feindlichen, sich auf Medo, östlich von jenem Orte, stützenden Gruppe. Nach einem Nachtmarsch besetzten sie Medodoma am 13. April, nach einem den ganzen Tag andauernden Gefecht, bei welchem Verluste für die Deutschen zur Folge hatte. Die feindliche Streitmacht wurde nach Südwesten in Richtung Nwokia abgedrängt.

Aus der englischen Arbeiterbewegung

London, 18. April. (Reuter.) Vertreter der Gewerkschaften des Schiffbaues und des Arbeitgeberverbandes hatten heute in der Admiralität eine Besprechung mit Lord Pirrie, dem Generalkontrolleur des Handelsschiffbaues. Man erörterte Pläne zur Beilegung von Streitigkeiten durch örtliche Werkausschüsse. Man kam überein, daß alle Streitigkeiten nach Möglichkeit auf der Werft, wo sie entstanden sind, in der herkömmlichen Weise zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erledigt werden, und daß die Regierung nur eingreifen solle, wenn beide Parteien darüber einig sind, daß von diesem örtlichen Verfahren keine Beilegung zu erwarten sei.

Torpediert

Madrid, 18. April. (Reuter.) Das spanische Fischereiboot „Portse" ist torpediert worden. Drei Mann der Besatzung sind ertrunken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191804191-18/fragment/page=0002

Aufgaben der Ostmarkenpolitik

Die Stärkung des Polentums während des Krieges ist der deutschen Oeffentlichkeit viel zu wenig beachtet worden. Wenn im Reichstage oder im Abgeordnetenhause von politischen Volksvertretern aufreizende Reden geführt wurden, richtete sich die Aufmerksamkeit wohl für einige Zeit auf die Ostmarken, trat dann aber doch wieder hinter den allgemeinen Kriegsereignissen zurück. Das ist dem Polentum sehr zugute gekommen. Da die Polen sich auch wenig an den finanziellen Opfern des Krieges beteiligten, sind sie wirtschaftlich gestärkt durch den Krieg gegangen, und ihr Einfluß macht sich in kolonisatorischer Hinsicht auf das Gebiet der Ostmark bereits geltend. Aus den Ausweisen der polnischen Zentralgenossenschaften geht hervor, daß die Depositen während der Kriegszeit um das Vierfache gestiegen sind. Dazu kommt auch die glänzende Organisation des polnischen Gemeinwesens im preußischen Staate, wofür die Deutschen nichts Gleiches entgegenzustellen haben. Angesichts dieser Dinge hat das Deutschtum der Ostmark eine große Mutlosigkeit ergriffen, die bereits viele Deutsche zur Auswanderung drängte. Es ist klar, daß die Ergebnisse der Ansiedelungspolitik in einigen Jahren verschwunden sein müssen, wenn der jetzige Zustand weiter um sich greift. Manche Kriegerwitwe hat heute mit ungeahnten Schwierigkeiten bei der Bewirtschaftung ihres Gutes zu kämpfen; dazu kommen die vielen polnischen Ränke, die schließlich die Deutschen veranlassen, ihr Besitztum gegen Bezahlung an Polen zu verkaufen. Es ist nun erfreulich, daß die Nebel, die sich auf das deutsche Ostmarkentum niedersenkten und ihm den Ausblick in die Zukunft nahmen, durch die letzte Herrenhausrede des preußischen Landwirtschaftsministers zerstreut wurden. Der Minister sagte hier u. a.: „Deutsche und Polen sollen beieinander wohnen. In der letzten Zeit ist das Deutschtum langsam, aber sicher in den Hintergrund gedrängt worden — der polnische Druck war zu groß. Kräftigung und Förderung des Deutschtums muß daher die erste Pflicht der Polenpolitik. Ganz naturgemäß wird die Stärkung der einen Partei von der anderen als Benachteiligung oder Verletzung empfunden. Die Fortsetzung für die praktische Polenpolitik lautet: Weitere Stärkung des Deutschtums und soweit damit vereinbar, vorläufiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Polen. Die Ansiedelungs-Kommission wird sofort nach Friedensschluß ihre Tätigkeit in altem Umfange wieder aufnehmen.“ Die Durchführung der Ansiedelungspolitik nach dem Kriege ist in der Tat von ungeheurer Wichtigkeit. Aus Mittel- und Süddeutschland werden deutsche Bauernsöhne und Landarbeiter im Osten eine Heimstätte finden. Wir treiben damit keineswegs nur an die Bismarcksche Polenpolitik an, sondern an die größte Kolonisation der Weltgeschichte, die Wiedereindeutschung der Länder östlich der Elbe. Auch damals haben die Kolonisatoren: der deutsche Ritterorden, die Kirche und Landesherren aus dem übrigen Deutschtum die überschüssigen Kräfte zur Ansiedelung herangezogen. Der deutsche Osten gibt auch heute hundertfältig der Industrie und den Großstädten wieder, was ihm das deutsche Bauerntum Mittel- und Süddeutschlands darbietet. Die westlichen Großstädte und Industrieorte machen ja nur durch die Binnenwanderungen. So besteht zwischen Ost und West unseres deutschen Vaterlandes ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Vorbedingung für die Aufrechterhaltung dieses Prozesses, der einen Pfeiler unserer Volkswirtschaft bildet, ist die Vormachtstellung des Deutschtums in der Ostmark.

Aus dem Bundesrat

Berlin, 18. April. In der heutigen Sitzung des Bundesrats sind die Entwürfe eines Arbeitskammergesetzes betreffend Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung angenommen worden.

Eine baltische Schulrede

In der schon seit 1319 bestehenden Revaler „Domschule“, dem deutschen Gymnasium der estländischen Ritterschaft, hielt der Direktor Baron Stromberg auf dem Festaktus anläßlich der Befreiung der Stadt durch die deutschen Truppen folgende Ansprache, die als schönes Bekenntnis des baltischen Deutschtums auch bei uns in Deutschland bekannt zu werden verdient:

„Unsere ehrwürdige Domschule hat in ihrer fast sechshundertjährigen Geschichte wohl keinen Tag von der Bedeutung des heutigen Tages erlebt. Auch keinen Tag solch hoher großer Freude. Seit fast sechshundert Jahren sind die Geschicke der Domschule eng verknüpft mit dem Schicksal der Heimat. Not, Leid und Freude der Heimat — unsere Domschule hat sie mitgetragen. Und das Erbe, das jede neue Generation in der Domschule antrat, wofür jede neue Generation in ihr verantwortlich wurde, es hieß: die Ehre der Heimat, die Ehre der baltischen Heimat. In einem immer härter werdenden Kampf haben wir die Ehre unserer Heimat in den letzten Jahrzehnten gegen eine erdrückende Uebermacht zu verteidigen gehabt. Der Kampf wurde immer hoffnungsloser, unsere Kraft immer geringer. Ein ganz einsamer, weit vorgeschobener Vorposten deutschen Volkstums und protestantischer Kultur waren wir geworden. Und als das drohendste Gespenst stand nicht der Untergang vor uns. Kann man doch auch in Ehren untergehen. Die furchtbarste Gefahr, sie bestand darin, daß wir selbst, mattwerdend in dem ungleichen Kampf, uns hätten losfagen können von den heiligsten Gütern unserer Geschichte. Die furchtbarste Gefahr bestand darin, daß einst eine Generation hätte heranwachsen können, die das Bewußtsein der Verantwortung für ihr deutsches Volkstum und damit für die Ehre der Heimat verlor.

Dann brach der große Krieg herein. Für uns eine Zeit unerhörter Unterdrückung, tiefster Schmach, schmerzlichster Opfer. Und doch für uns baltische Deutsche eine Zeit gewaltiger innerer Befreiung. Ihr wißt es alle, wie es mit elementarer Gewalt bei uns aufflammte, das Gefühl: und mag das Los der Heimat beschlossen sein in dem fürchterlichen Wort Untergang, wenn nur Deutschland siegt. Herr Gott im Himmel, erhalte Deutschland! Gott ließ es uns erleben. Aus dem Dunstkreis von Lüge und Verleumdung, in dem zu leben wir verdammt waren, stieg es herrlich vor uns auf wie ein großes lichtes Gotteswunder — das siegende Deutschland. Da wurde die Hoffnung immer reger und heißer: wenn doch unser Volk auch uns die Rettung brächte, wenn wir doch ganz zu denen zählen dürften, zu denen wir gehören, nach unserem Blut, mit ungeteiltem Herzen und Willen. Jetzt ist es Wirklichkeit geworden. Und diese Wirklichkeit ist so groß und herrlich, daß uns ist wie den Träumenden. Ich denke, nicht das ist das Große, daß wir errettet wurden aus der Schreckenszeit der letzten Monate und Wochen, aus dem schutzlosen und entwürdigenden Preisgegebensein an rohe Brutalität und völlige Willkür. Auch das ist groß. Ein anderes aber ist unendlich viel größer. Das tiefste Verlangen unserer baltischen Geschichte, das Verlangen nach einem Vaterlande, uns wird es erfüllt. Wir dürfen darauf hoffen. Die Erfüllung dieses tiefsten und zugleich schmerzlichsten und heißesten Verlangens unserer Väter — wir erleben sie. Das Werk der Väter, es sollte nicht verloren sein. Seht, ich glaube, dieser Gedanke muß jeden baltischen Deutschen unter uns heute bescheiden, im tiefsten Sinne des Wortes demütig machen. Mit großen Worten — nein, so können wir den heutigen Tag nicht feiern. Wenn doch vor euren Seelen mit unauslöschlicher Flammenschrift das Wort der Heiligen Schrift stände: „Der Herr hat Großes an uns getan.“ In die Hände des Gottes, der so Großes an uns getan, befehlen wir getrost, was noch an Not und Sorge auf uns liegt. Wir aber wollen es geloben aus ehrlichstem Herzen heraus: dem deutschen Vaterland wollen wir dienen, so gut wir es vermögen, nie wollen wir es vergessen, daß wir das Recht bekommen an den Leiden des Vaterlandes teilzunehmen, an seinen Lasten mitzutragen. Durch unverbrüchliche Treue und Gewissenhaftigkeit wollen wir suchen, etwas von der großen Dankesschuld an unsere Retter abzutragen.

An die Arbeit dürfen wir wieder gehen, an die in den letzten Jahren uns fast unmöglich gemachte, endlich durch rohe Gewalt völlig zerstörte Arbeit . . . Ganz wahr, so wahr, wie ein Menschenwort nur vor dem Angesicht des heiligen Gottes sein kann, soll unser Gelöbnis sein: ich will durch die Tat an dem Platz, wo ich hingestellt bin, die Treue gegen das Vaterland bewähren; so will ich das Erbe der Väter in Ehren halten.“

Die Gefahren der neuen englischen Militärvorlage

Von besonderem Interesse erscheinen folgende Ausführungen aus einem Leitaufsatze der „Financial Times“ vom 4. April über „Mannschaftsstärke und Wirtschaftsleben“, die noch vor Einbringung der neuen Wehrpflichtsvorlage geschrieben worden sind: Man muß sich doch einmal klar machen, daß der größte Teil des Welthandels des Landes, auf dem zum erheblichen Teile die für die Mittel zur Kriegführung nötigen Staatseinkünfte beruhen, in den Händen der Leute mittleren Lebensalters liegt. Wir sind im wesentlichen ein Kaufmannsvolk und haben gerade jetzt nicht nur unsere eigenen Geschäfte zu besorgen, sondern auch ein beträchtliches Teil von Arbeit, die für die Versorgung unserer Verbandsgenossen nötig ist. Dieser Riesenorganisation die geistigen Leiter zu entziehen, nur um die Zahl der für den Krieg zur Verfügung stehenden Handarbeiter und Schreibkräfte zu vermehren, scheint, jedenfalls im gegenwärtigen Augenblick, ein Vorgehen, das eher Uebereilung als Nachdenken verrät. Der Mann von 45 bis 50 Jahren, der ein gutes Einkommen verdient, hat schon dadurch seinen Wert für das Land bewiesen. Wir sind weit davon entfernt, zu sagen, daß nicht letzten Endes jeder körperlich fähige Mann, der ein Gewehr tragen kann, aufgerufen werden müßte, aber wir möchten es doch als sehr fraglich bezeichnen, ob wir schon so weit sind. Die erfolgreiche Verwendung der verfügbaren Menschenkräfte ist von ebensolcher, wenn nicht größerer Bedeutung, als die bloße Vermehrung der Mannschaften, und die Regierung hat sich in dieser Hinsicht bisher nicht bewährt. Jeder Mann, der aus der Stelle gerissen wird, wo er sich tüchtig gezeigt hat, bedeutet eine Einbuße der Leistungsfähigkeit des Landes, und je älter der Mann ist, um so geringer ist der Gewinn für die Streitkräfte, und um so größer der Verlust für das Geschäftsleben der Nation, das nach dem Kriege von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß die strenge Durchführung solcher Einziehungen das ganze Geschäftsleben des Landes in Unordnung bringen würde, und so lange nicht bewiesen wird, daß andere Mittel nicht ausreichen, um das Loch zu stopfen, bis die Amerikaner in Scharen anrücken, möchten wir ihre Zweckmäßigkeit stark bezweifeln.

Türkischer Heeresbericht

Konstantinopel, 16. April. Amtlicher Tagesbericht. Rege Patrouillentätigkeit an der Palästinafront. Unsere über Batum hinaus längs der Eisenbahn verfolgenden Truppen haben die Gegend 20 Meilen nordöstlich Batum erreicht. Sonst nichts neues.

Rittergut Wronowo

[18] Ostmärkischer Roman von **Guido Kreutzer**.

Nachdruck verboten.

Amerikanisches Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62.

Mit der Hand schlug er den aufsteigenden Zigarrenqualm beiseite, musterte das junge Mädchen mit einem eigentümlichen forschen scharfen Blick.

„Scheußlich blaß siehst du aus, Irene! Sowas kenne ich eigentlich garnicht an dir. Sag mal — diese romantische Geschichte in dem Bahnwärterhäuschen mit der kranken Frau sitzt dir wohl noch immer ein bißchen in den Gliedern? Oder“ er lächelte behaglich — „sollte daran der interessante fremde Jüngling schuld haben, der so nobel für die Herrschaften einen Schilling stiftete?“

Aber wenn er gehofft hatte, sein Mädel mit dieser Bemerkung in Verlegenheit zu bringen, dann irrte er sich gewaltig.

Die schöne Irene Kamp schüttelte den Kopf; und in ihrem Lächeln lag eine glatte Ablehnung aller väterlicher Phantasie.

„An meiner interessanten Blässe dürfte weniger der fremde Jüngling als vielmehr die Tatsache schuld haben, daß ich nur wenige Stunden in der Nacht geschlafen habe. Aber dafür werde ich mich heute abend schon um acht Uhr hin; und ich verspreche dir — morgen früh wirst du an mir nichts mehr auszusetzen haben.“

Der Kommerzienrat verwahrte sich mit großartiger Handbewegung.

„Hoho — diese junge Dame fischt nach Komplimenten! Aber ich will dir sogar entgegenkommen und dir unumwunden sagen, daß ich dich tatsächlich vermißt habe. Was sagst du nun?“

„Du bist ein verblüffender Kavalier, Papa.“

Der Alte aber schüttelte energisch den Kopf.

„Nee, im Ernst, Irene. Nämlich jetzt werde ich dir eine Geschichte erzählen, wo du kotzlicher ganz große Augen machst: Unser Gutsnachbar Freiherr von Schilk ist gestorben.“

Irene Kamps Augen öffneten sich in der Tat weit in Erstaunen.

Der Vater beantwortete diese Frage mehr als gern. Er hatte sich ja schon danach gebangt, mit seinem Mädel endlich die ganze Geschichte einmal durchzusprechen. Vielleicht, daß sie ihm irgendwie ihn auf eine kluge Idee brachte.

So fuhr er eifrig fort: „Tatsächlich, Mädel — ganz plötzlich an Herzschlag gestorben. Vor etwa acht Tagen. Hier in Posen, wo er mit seinem Rechtsvertreter eine ganze Menge zu besprechen hatte. Jedenfalls erzählte er es mir noch am Tage vorher, als ich ihn kurz nach seiner Ankunft in seiner Wohnung besuchte.“

„Aber du hast mir davon kein Wort geschrieben, Papa.“

„Wollte ich absichtlich nicht, Mädel. Wollte dir doch nicht die paar Erholungstage in Posen mit solchen unangenehmen Geschichten verleiden. Es genügte ja auch, wenn ich dir nach deiner Rückkehr davon erzählte. Denn jetzt ist ja doch schon alles vorbei.“

„Wieso — vorbei?“

„Nun ich meine — vor drei Tagen haben wir ihn schon begraben. Hier in Berlin auf dem Johannis-Friedhof. Von dem Justizrat Schumann, seinem Anwalt, fand ich es riesig vernünftig und auch zartfühlend, daß er sich nicht für eine Ueberführung der Leiche nach Wronowo aussprach. Vernünftig, weil auf diese Weise unnötige Kosten vermieden wurden; und zartfühlend besonders dem jungen Schilk gegenüber. Was ich von dem gehört habe — er muß ein scheußlich hochmütiger und von sich eingenommener Mensch sein. Und was meinst du — wie bitter es ihm aufgestoßen wäre — wenn er nachher in Wronowo saß und müßte sozusagen gewissermaßen bei uns zu Gast sein, wollte er das Erbbegräbnis seiner Familie und das Grab seines Vaters besuchen. Diesem Zwiespalt hat ihn nun der Justizrat dadurch enthoben, daß er den alten Freiherrn eben in Berlin beerdigen ließ. Und wenn der Junge sich vielleicht auch im ersten Moment dagegen empören mag — schließlich wird er doch einsehen, wieviel Klugheit und Rücksichtnahme in dem Vorgehen des Anwalts seines verstorbenen Vaters steckte.“

Die junge Irene Kamp hatte wortlos zugehört.

Erst nach einer ganzen Weile versetzte sie:

„Findest du nicht, Papa — in diesem plötzlichen Tode und dem jähen Umschwung der Verhältnisse, die sich dadurch für den Assessor von Schilk ergeben, liegt eine gewisse Tragik.“

Ueberrascht musterte der Kommerzienrat sein Mädel. Die war doch sonst nicht sentimental.

„Na hör mal, Kindchen — Tragik ist wohl ein etwas hochtrabender Ausdruck. Schließlich . . . . wenn er auch Freiherr und Assessor und aus solch alter Familie stammt . . . . derart ungewöhnlich ist sein Schicksal nun doch nicht, wie du es hier hinzustellen beliebst. Schließlich — so genaue Einblicke besitze ich ja nicht und habe sie mir auch nie zu verschaffen gesucht . . . . aber hat der alte Schilk wirklich nach dem Tode seiner Frau den inneren Halt verloren und etwas wüst darauf losgelebt und das Erbgut zur Hälfte aus der Hand gegeben und obendrein vielleicht noch erhebliche Hypothekenschulden dem Rest seiner Besitzung aufgepackt . . . .“ er zuckte die Achseln; er schob die Zigarre aus einem Mundwinkel in den andern . . . . solch Unglück läßt sich für den Erben doch ziemlich leicht wieder aus der Welt schaffen. Er braucht ja bloß eine vernünftige Partie zu machen. Was meinst du — Assessor, Freiherr, Rittergutsbesitzer, wenn auch vielleicht bis über den Fahnenmast seines Herrenhauses verschuldet . . . . da kriegt er doch zehn für eine! Alle zehn Finger lecken sie sich nach solchem seltenen Bissen.

Seine Tochter bog ein wenig den Kopf zur Seite. Ueber ihre schmalen rassigen Züge ging ein dunkler Schleier.

„Etwas drastisch drückst du dich aus, lieber Papa. Und sehr viel Respekt scheinst du vor dem Charakter von uns Frauen auch nicht zu haben!“

Der Alte aber stäubte behaglich die Asche von seiner Zigarre, wiegte den Kopf hin und her.

„Kind — was hat der Charakter damit zu tun! Handelt es sich für ein junges Mädchen nicht um eine ausgesprochene Liebesheirat oder Neigungsehe — töricht wäre sie, wollte sie andernfalls nicht alle Möglichkeiten wahrnehmen, die sich ihr bieten. Du selbst bist ja viel zu klug und zu vernünftig, um mir darin nicht recht zu geben.“

Darauf lächelte seine schöne Tochter etwas. Mit einem Lächeln, das er ebensowenig verstand wie die Bemerkung:

„Vielleicht gibt es Fälle, in denen du meine Vernunft und Klugheit überschätzt.“

„Hör mal — das klingt sehr doppelsinnig. Ich will doch nicht hoffen . . . .“

Und da seine Tochter nur in leisem Nichtverstehen die Achseln zuckte, schob er seinen Schreibsessel mit einem Ruck zu herum, daß er ihr gerade ins Gesicht sehen konnte.

Es war seltsam, wie sich die Züge des Kommerzienrats jetzt veränderten. Sogar dem jungen Mädchen fiel es auf. Die behäbige, selbstsichere Ruhe wich allgemach einer Gespanntheit, einer nervösen Unsicherheit.

Und fast schien es, als schwinge diese verhaltene Spannung auch im Ton seiner Stimme mit:

„Es ist mir ganz lieb, Irene, das wir Gelegenheit finden, dies Thema zu berühren.“

„Welches Thema, Papa?“

„Herrgott — das Thema einer eventuellen Heirat natürlich!“ versetzte er kurz und mit einer eigentlich unnötigen Energie . . . „noch präziser ausgedrückt — das Thema deiner eventuellen Heirat! Nämlich nachgerade kommst du doch in die mannbaren Jahre! „Eigener Herd ist Goldes wert! Ob Ost ob West, zu Haus am best!“ Und wenn du willst, dann suchen wir uns noch ein halbes Dutzend schöner Sinnsprüche, mit denen wir uns gegenseitig diesen Gedanken etwas versüßen. Denn mir scheint — bei dir wäre dies Verfahren noch recht angebracht; nach dem hochfeudalen Gesicht zu schließen, das du in diesem Augenblick machst.“

Die junge Irene Kamp aber fühlte wohl heraus, wie schwer dem Vater diese gewaltsame Lustigkeit fiel. Sie begriff nicht, wo er hinaus wollte. Ein leiser Argwohn sprang sofort in ihr auf. Aber trotzdem tat ihr ihr Vater fast ein wenig leid wie er sich da zwang, auf Schleichwegen sich einem Ziel zu nähern, das ihm wohl wichtig scheinen mußte.

(Nachdruck folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191804191-18/fragment/page=0003

Aus Halle und Umgebung

Halle, 19. April.

Ein interessanter Brief Friedrich Wilhelms III.

In der Frau Geheimrat Auguste Pattbergschen Handschriftensammlung, die in Halleschen Besitz gekommen ist, findet sich folgender Brief Friedrich Wilhelms III.:

An die Witwe des Staabskapitäns v. Viettinghoff Regts. Manstein.

Besonders Liebe! Obgleich die Kassen beinahe erschöpft sind, so will Ich Euch dennoch in der Rücksicht, daß Euer Gatte in dem Gefechte bei Halle vor dem Feinde geblieben ist, auf Euer Schreiben vom 15. d. M. eine Pension von einhundert Talern jährlich aussetzen und habe dem Geheimen Finanz-Rathe v. Schlabrendorf aufgegeben, Euch dieselbe anzuweisen. Ich bin Euer gnädiger König

Königsberg, den 24. Februar 1808.

Friedrich Wilhelm.

So hat vor 110 Jahren in der Zeit schwerster Bedrängnis Preußens König für seine Untertanen gesorgt. Heute, wo trotz aller wirtschaftlichen Nöte doch weit mehr Geld im Lande ist, gilt es, die Treue des Fürsten mit der Treue jedes einzelnen im Volke zu vergelten. Fbn.

Wieder einmal: Gerüchte . . .

Es gehen in der Stadt wieder die unsinnigsten Gerüchte umher, und sie werden geglaubt, dergestalt, daß man sich wundern muß, wie so etwas überhaupt möglich ist. Gestern bin ich von einer Frau, deren Stimme und Haltung schon ihr ganzes Entsetzen und all ihre Angst zum Ausdruck brachte, gefragt worden, ob es denn wirklich wahr sei, daß unsere 36er auf den Kasernen halbmast geflaggt hätten aus Trauer, weil das Regiment auf eine Mine gelaufen sei! Und sie, die dabei aus gebildeten Ständen stammte, war drauf und dran, dies zu glauben. Denn überall wird es in den Straßen erzählt. Welche Narrheit der Leute, die nicht ein bischen darüber nachdenken können, daß solch ein Halbmastflaggen aus solchem Anlaß in Preußen, überhaupt in ganz Deutschland etwas völlig Unmögliches ist. Nun ja, der ausländische Agent, der ohne von preußisch-deutschen Einrichtungen auch nur eine Ahnung zu haben, dergleichen als Gerücht unter das Volk bringt, spekuliert ja eben auf der Leute Dummheit. Doch wir sollten klug sein und solches nicht glauben!

Ich will gleich noch ein anderes Gerücht zum besten geben, das, soviel ich weiß, in unserer Stadt seine Runde noch nicht macht, das mir aber aus Schlesien zugeflossen ist. Da heißt es, die Post halte Hunderte von Telegrammen über den Heldentod Gefallener zurück, damit die Angehörigen davon nichts erführen und nicht vom Zeichnen der Kriegsanleihe zurückgeschreckt würden. Was ist das doch für eine Dummheit von der Post, die Telegramme zurückzuhalten, wo uns doch jeden Tag ein Brief eines Kameraden unseres Sohnes oder Bruders, der ihn neben sich fallen sah, die Trauernachricht bringen kann! Wozu also? Aber geglaubt wird alles und wenn es so etwas ist, wie die Geschichte von den Schleusen und Pumpen, mit deren Hilfe unsere Feinde soviel Wasser herbeischaffen, daß sie ganze Divisionen! ertränken können. Etwas Urteil sollte sich doch jeder bewahren. Daß unsere Verluste schwer sind, kann sich wohl jeder selbst sagen, aber solche unsinnigen Gerüchte sind eine Schmach und Schande. Weg mit ihnen!! H. B.

Frühgemüse und Frühobst

Auf Grund des § 11 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Im Gebiete des Deutschen Reiches darf in der Zeit vom 1. Juli 1918 ab Kontrollgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Mairüben, Möhren und Karotten) sowie Kontrollobst (Aepfel und Kirschen) für sich oder zusammen mit anderen Erzeugnissen mit Eisenbahn oder Kahn nur mit Genehmigung des für den Versandort zuständigen Kommunalverbandes versandt werden.

§ 2. Die Landesstellen für Gemüse und Obst können mit Genehmigung der Reichsstelle a) für ihre Bezirke oder Teile davon die vorstehenden Vorschriften durch besondere Verordnung auf andere Obstarten, insbesondere Heidelbeeren, ausdehnen und bestimmen, daß diese allgemeine Verordnung bereits früher als am 1. Juli 1918 zur Anwendung kommt, b) die Genehmigungsbefugnis allgemein sich selbst vorbehalten. Das Preußische Landesamt für Gemüse und Obst darf seine Befugnisse auf die Provinzial- und Bezirksstellen übertragen.

§ 3 Die Erteilung der Genehmigung erfolgt kosten- und gebührenfrei.

§ 4. Die Genehmigung darf nur dann verweigert werden, 1. wenn hinreichend Verdachtsgründe vorhanden sind, daß beim Absatz die festgesetzten Höchstpreise überschritten worden sind, 2. wenn der Nachweis erbracht wird, daß es sich nicht um Frühgemüse oder Frühobst handelt, sondern um Herbstgemüse und Herbstobst, durch dessen frühzeitige Aberntung der Volksernährung Schaden zugefügt werden kann, 3. wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch den Absatz die Erfüllung ordnungsmäßig genehmigter Lieferungsverträge gefährdet würde.

§ 5. Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 5. April 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Verwaltungsabteilung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gbracht.

Halle, den 17. April 1918.

Der Magistrat.

— **Bei der Sparkasse des Saalkreises** wurden auf die achte Kriegsanleihe 6 566 400 M. (einschl. eigener Zeichnung) in 2045 Posten gezeichnet.

— **Keine Verkürzung der Fleischration.** Der Vorstand der Reichsfleischstelle beschäftigte sich eingehend mit den gegen die ungenügende Belieferung der Kommunalverbände mit Schlachtvieh zu ergreifenden Maßnahmen. Wie gemeldet wird, wurde in der Sitzung besonders betont, daß die ausreichende Schlachtviehanlieferung durchgesetzt werden müsse, da eine weitere Kürzung der Fleischration nicht in Frage kommen könne. — Zur Vermeidung von Stockungen in der Fleischversorgung der Bevölkerung der Großstädte sollen Reichsreserven an Fleisch in jenen Städten angelegt werden, die über Kühlanlagen verfügen.

— **Kriegsteuerungszuschüsse für immobile Offiziere.** Den immobilen Offizieren, die immobile Besoldung beziehen, werden aus [illegible] mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1918 ab Kriegsteuerungszuschüsse oder Zuwendungen gewährt. Es erhalten Kriegsteuerungszuschüsse die Offiziere des Friedensstandes einschließlich der aus dem Friedensstande stammenden Feldwebelleutnants, die im Kriegsdienste verwendeten etatsmäßigen Offiziere der Invalidenhäuser, die pensionierten im Kriegsdienst wieder verwendeten Offiziere mit Ausnahme der besoldeten Reichs-, Staats- und Gemeinde- (Zivil-) Beamten und Heeresbeamten, die als Offizier im Waffendienst verwendet werden. Offiziere einschließlich Feldwebelleutnants des Beurlaubtenstandes sowie wiederverwendete inaktive Offiziere erhalten, soweit sie besoldete Reichs-, Staats- oder Gemeinde- (Zivil-) Beamte sind, von dem Truppenteil oder der Militärbehörde Kriegsteuerungszuschüsse nach dem für gleichgestellte Offiziere des Friedensstandes bei denselben Familienverhältnissen vorgesehenen Sätzen unter Zugrundelegung des niedrigsten Friedensgehalts der Stelle, die sie wahrnehmen. Den Offizieren einschließlich der Feldwebelleutnants des Beurlaubtenstandes sowie den inaktiven Offizieren freier Berufe können bei nachgewiesener Bedürftigkeit auf Antrag nach Prüfung der persönlichen und Einkommensverhältnisse widerrufliche Zuwendungen bis zur Höhe der für gleichgestellte Offiziere des Friedensstandes bei denselben Familienstandsverhältnissen zuständigen Kriegsteuerungszuschüsse bewilligt werden. Die widerruflichen Zuwendungen werden von dem Kommandeur derjenigen Formation, die selbständig Rechnung legt, nach pflichtmäßigem Ermessen bewilligt. Das Vorstehende gilt auch sinngemäß für die Sanitäts- und Veterinäroffiziere des aktiven und Beurlaubtenstandes, sowie für die mit Stellen beliehenen landsturmpflichtigen Aerzte und Veterinäre. Die Zuschüsse und Zuwendungen werden monatlich im voraus gezahlt. Ein Rechtsanspruch auf sie besteht nicht, sie sind daher nicht pfändbar. Offiziere in Beamtenstellen werden hinsichtlich der Teuerungszuschüsse wie Beamte abgefunden.

— **Beschaffung von Betriebsmitteln nach dem Kriege.** In den gewerblichen Kreisen, die während des Krieges ihre verfügbaren Betriebsmittel in Kriegsanleihe angelegt haben, besteht vielfach die Sorge, daß sie nach dem Kriege nicht ohne nennenswerte Verluste in der Lage sein würden, ihren Anleihebesitz in Barmittel umzuwandeln. In dieser Beziehung verdienen Ausführungen Beachtung, die kürzlich der Präsident der Reichsbank, Havenstein, in München gemacht hat. Er erklärte: Die Reichsdarlehnskassen beleihen jederzeit die Kriegsanleihe bis zu 85 % des Zeichnungskurses mit 5⅛ % oder 5½ %, und sie werden eine ganze Reihe von Jahren, ich nehme an, mindestens vier oder fünf, noch weiter in Tätigkeit sein. Die Anleihen sind schon heute jederzeit ohne nennenswerten Verlust verkäuflich, und kleinere Beträge bis zu 1000 Mk. nimmt jede Reichsbankanstalt jedem Zeichner, der seine Kriegsanleihe aus wirtschaftlichen Gründen verkaufen muß, zum Ausgabekurs von 98 % ab. Für die Zeit nach dem Kriege aber ist in Aussicht genommen, für die dann voraussichtlich an den Markt drängenden sehr großen und wahrscheinlich nach Milliarden zählenden Beträge von Kriegsanleihen eine ganz große Aufnahmeaktion ins Werk zu setzen, und zu diesem Zweck unter Führung der Reichsbank die gesamte deutsche Bankwelt, soweit das möglich ist, d. h. soweit sie sich an den Börsenplätzen und sonstigen Mittelpunkten des Verkehrs zu dazu geeigneten Bankvereinigungen zusammengeschlossen hat, zu einem großen Uebernahmekonsortium zusammenzufassen, um alle jene zum Verkauf gestellten Kriegsanleihen aufzunehmen und die aufgenommenen Werte in einer Reihe von Jahren wieder im Inland oder Ausland unterzubringen, und ich hege keinen Zweifel, daß auf diesem Wege die Gefahr eines Kurssturzes, der mit dem inneren Werk unserer Anleihen nicht übereinstimmen und eine schwere Gefahr für die Reichs- und Staats- wie die Privatwirtschaft bedeuten würde, wirksam abgewendet werden wird. Auch diese Sorge darf also beiseite gesetzt werden.

— **Das Tragen ungeschützter Hutnadeln** ist durch Polizeiverordnung verboten. Zuwiderhandlungen sind unter Strafe gestellt. Trotz wiederholter amtlicher Hinweise in den Zeitungen wird, wie die Polizeiverwaltung feststellte, fortgesetzt von der Frauenwelt gegen diese Bestimmung verstoßen. Die Unsitte macht sich besonders in den Straßenbahnwagen bemerkbar; hier können durch ungeschützte Hutnadeln mitfahrende Personen leicht erheblich verletzt werden. Die Polizeiverwaltung warnt hiermit nochmals vor Uebertretungen der Verordnung. Die Exekutivbeamten sind angewiesen, in Zukunft unnachsichtlich Verstöße zur Anzeige zu bringen. Bestrafungen werden in jedem Uebertretungsfalle erfolgen. In Straßenbahnwagen werden Beamte besonders scharfe Kontrolle üben. In gleicher Weise wird künftig gegen das unbefugte Befahren der Bürgersteige mit Hand- und Kinderwagen sowie mit Fahrrädern eingeschritten werden

— **„Eiverge", Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Hallischen Geflügelzüchter-Vereins, e. G. m. b. H.** Die Genossenschaft hielt am 14. April ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß die Zahl der Genossen von 51 seit der am 29. März 1917 erfolgten Gründung auf 270 Mitglieder bis zum Jahresschluß gestiegen ist. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage auf dem Futtermittelmarkte muß das Ergebnis des Umsatzes in ca. 8 Monaten von 51 000 M. als sehr günstig bezeichnet werden. Neben Futtermitteln werden alle Geräte und Gegenstände, welche zur Kleintierzucht benötigt werden, vertrieben, der Umsatz hierin war nicht unbedeutend. Wer noch an die Existenzunfähigkeit einer, auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebauten Vermittlungsstelle für den Einkauf und Verkauf zweifelte, dürfte durch den Geschäftsbericht eines Besseren belehrt sein, was auch durch die ständige Zunahme neuer Mitglieder auch aus der näheren und ferneren Umgegend von Halle genügend bewiesen wird. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates berichtete über die vorgenommenen Revisionen, die zu Ausstellungen keinen Anlaß geben. Der vorhandene Reingewinn wurde, nachdem die Bilanz genehmigt war, nach den Vorschlägen verteilt. Das Inventar in Höhe von 1959,60 M. wurde bis auf 1 M. abgeschrieben, sodaß ein Reingewinn von 3266,07 M. verbleibt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und ihm der Dank für seine aufopfernde und unermüdliche Tätigkeit ausgesprochen. Der Vorstand, der aus den Herren Boas, Domke und Horn besteht, hat eine Veränderung nicht erfahren, während für die ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder neugewählt wurden die Herren Adam, Keuer, Höhing und Wilhelmy. Für das laufende Jahr wurde ein Eintrittsgeld von 10 M. festgesetzt. Mit dem Wunsche, daß auch im neuen Geschäftsjahre die günstige Entwicklung der Genossenschaft anhalten und der ersehnte Frieden nicht mehr lange auf sich warten lassen möge, schloß der Herr Salchow die Versammlung.

— **Deutsche Reichsfechtschule (Verband Halle-Thüringen).** In der am 11. April d. J. abgehaltenen Jahreshauptversammlung wurden bei der statutenmäßig vorzunehmenden Wahl des Vorstandes sämtliche Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Herr Lehrer Leopold Hemprich, Krondorferstr. 6b, einstimmig neugewählt. Der erste Vorsitzende, Magistratsbürоassistent Hermann Ebel, Fichtestr. 5, sprach allen treuen Mitarbeitern des Verbandes, die zu dem finanziellen Ergebnis des vergangenen Jahres beigetragen haben, insbesondere den Freunden und Gönnern des Verbandes, den Behörden und der Presse für ihre Mitwirkung und Förderung der edlen Zwecke des Vereins tiefempfundenen Dank aus und schloß mit der Bitte, in unablässigem Eifer und unwandelbarer Treue weiterzuarbeiten auf dem Felde hingebender Menschenliebe. Zum Abholen von Sammelgegenständen, wie z. B. Zigarrenspitzen, Zigarrenbänder, Staniol usw. sind die Vorgenannten gern bereit. Etwaige Gaben werden auf das Postscheckkonto des Verbandes Halle-Thüringen, Leipzig 81294, erbeten.

— **Auf den Operettenabend im Thaliasaale** heute, am Freitag abend, sei noch einmal empfehlend hingewiesen. Drei bekannte Leipziger Gäste bestreiten den Abend. Margarete Rößner, Oskar Wehle und Rudolf Haas.

— **Wem gehören die gestohlenen Kaninchenfelle?** Wie schon in der Sonnabendszeitung mitgeteilt, sind hier 23 Stück Kaninchenfelle verschiedener Farbe und Größe beschlagnahmt, die zweifellos aus einer Straftat herrühren. Ohne Zweifel sind sie vielleicht auch außerhalb Halles, gestohlen. Ein Eigentümer hat sich bisher noch nicht gemeldet. Es kommen nicht Diebstähle an Kaninchen, sondern an den Fellen in Frage. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht und der Eigentümer aufgefordert, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37, gegebenenfalls zur Empfangnahme der Felle einzufinden.

— **Eine unbekannte weibliche Leiche** im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren, die bereits in Verwesung übergegangen war, wurde am 16. April, nachm. um 3 Uhr, oberhalb der Cröllwitzer Brücke aus der Saale gelandet. Die Tote trägt Sammetrock, schwarze Strümpfe, schwarze Halbschuhe, dunkles Winterjackett und hat anscheinend dunkles Haar gehabt, das aber bereits abgefault ist. Wer über die Tote Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 72 oder 7[illegible] zu melden, wo auch einige Teile von den Kleidungsstücken zur Ansicht ausliegen.

Provinz Sachsen und Umgebung

t. **Merseburg,** 18. April. (Städtisches.) Der Magistrat beschloß, dem Verband der Gemeindebeamten der Provinz Sachsen, dem 45 städtische Beamte angehören, zur Unterhaltung des Gemeindebeamten-Erholungsheims „Eulingswiese" bei Bad Sachsa einen jährlichen Zuschuß von 100 M. zu gewähren. Der Magistrat sieht diesen Beitrag als einen notwendigen Teil der Beamtenfürsorge an und steht auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung von ihren Beamten nur dann die angestrengte Arbeitsleistung verlangen kann, wenn sie andererseits den Beamten diejenigen Mittel in ausreichendem Umfange gewährt, deren sie zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit bedürfen. — Ferner ist eine Aenderung der Biersteuerverordnung beschlossen worden. Danach wird bei der Erhebung der Steuer kein Unterschied mehr zwischen dem Bier des Gemeindebezirks und dem von auswärts eingeführten Bier gemacht, vielmehr wird von beiden für das Hektoliter [illegible] bzw. 65 Pf. erhoben. — Kriegsteuerungszulagen nach den staatlichen Sätzen sind seitens des Magistrats nunmehr auch den städtischen Arbeitern bewilligt worden.

t. **Merseburg,** 18. April. (Das Ergebnis der Kriegsanleihezeichnung) ist hier wieder glänzend ausgefallen. Bei den sechs Zeichnungsstellen wurden rund 9 104 000 M. gegen 8 500 000 M. bei der 7. Anleihe gezeichnet. Obenan steht die Stadtsparkasse mit 3 300 000 M. und 2600 Einzelzeichnungen. Zu diesem Ergebnis kommen noch 24 Millionen M. bei der Sächsischen Provinzialbank (einschl. der 10 Millionen der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt) und den Zeichnungen der Garnison, die bei der 7. Anleihe 5¾ Millionen M. betrugen. Ueberraschend ist das Ergebnis auch in den Schulen ausgefallen. In der Mittelschule wurden allein 55 604 M. gezeichnet.

tz. **Heiligenstadt,** 18. April. (Die Stadtverordneten) beschlossen, für Rechnung der Stadtgemeinde 180 000 M. zur 8. Kriegsanleihe zu zeichnen. Ferner wurde beschlossen, die Schuldentilgung der Stadt wieder aufzunehmen. Im Jahre 1915 war beschlossen worden, die Schuldentilgung bis nach Kriegsende zurückzustellen. Da sich inzwischen die städtischen Finanzen gebessert haben, wurden 31 000 M. auch für die zurückliegende Zeit zur Schuldentilgung bereitgestellt.

tz. **Von dem Untereichsfelde,** 18. April. (Die Firma August Grebe in Lindau, Jute-Spinnerei), zeichnete für ihre 150 Angestellten und Arbeiter zur 8. Kriegsanleihe 12 000 M. Die Kriegsanleihestücke werden in Originalstücken und Anteilscheinen den Arbeitern als Anerkennung für treue Dienste ausgehändigt und für diejenigen Arbeiter, die sich im Heeresdienst befinden und nach Beendigung des Krieges bei der Firma wieder in Arbeit treten, bei einer Sparkasse hinterlegt. Den Familien der am Kriege teilnehmenden Arbeiter, die in hübschen Arbeiterwohnungen der Firma wohnen, wo jede Familie ihren eigenen Garten hat, erließ die Firma für die Dauer des Krieges die Miete.

— **Magdeburg,** 18. April. (Herr „Leutnant" Vogt.) Ein hier unter dem Namen Leutnant d. Ref. Walter Vogt aufgetretener Betrüger, der in einem hiesigen Hotel den Oberkellner um 200 M und in einer hiesigen Weinstube eine Kellnerin um 104 M. geschädigt hat, ist in der Person des fahnenflüchtigen Landsturmmannes August Köhne aus Bielefeld ermittelt und festgenommen worden.

Landwirtschaftliches

— **Zuchtviehversteigerung.** Die Westpreußische Herdbuch-Gesellschaft veranstaltet am 17. Mai eine große Zuchtviehauktion auf dem Schlacht- und Viehhof in Danzig. Es kommen 120 Bullen und 35 tragende Färsen zum Verkauf. Die Tiere werden vor der Auktion klinisch untersucht und kommen nur gesunde Tiere zum Verkauf. Die Käufer haben Einfuhrerlaubnis der zuständigen Provinzialfleischstelle mitzubringen und im Auktionsbüro abzugeben. Verzeichnisse sind vom 8. Mai ab von der Geschäftsstelle Danzig, Gr. Gerbergasse 12, zu beziehen.

Börsen- und Handelsteil

Börsenstimmungsbild

Berlin, 18. April. Die neuen Steuervorlagen, auf die man ja vorbereitet war, haben den Börsenverkehr nicht in besonders merkbarer Weise beeinflußt. Das Geschäft gewann keine große Ausdehnung, die Stimmung zeigte aber entschiedene Festigung. Wiederum fanden Hüttenwerte die meiste Beachtung unter Bevorzugung von Oberschlesischen. Ansehnliche Steigerungen erfuhren Kattowitzer, Laura, Oberschlesische Eisenindustrie, ferner Phönix, Deutsch-Luxemburger und Bochumer. Von Schiffahrtsaktien waren Hansa wesentlich gebessert. Als höher sind noch Elberfelder Farben zu erwähnen. Im späteren Verlauf vollzogen sich die wenigen Umsätze zu mäßigen Kursen. Orientbahnen und Türkische Tabakaktien gaben in Rückwirkung der gestrigen Schwächung Wiens mehrere Prozent nach. Der Anlagemarkt blieb ruhig.

Produktenbericht.

Berlin, 18. April. Die Wärme der letzten Tage ist einer kühleren Witterung gewichen. Auch ist der Wind nach Westen umgesprungen, so daß Aussicht auf Regen besteht, der im Interesse unserer Saaten allseitig erwünscht ist. Im hiesigen Verkehr bleibt es andauernd still. Im Sämereigeschäft herrscht infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit in den meisten Artikeln Angebot. Saathülsenfrüchte, besonders Lupinen, sind begehrt, im freien Handel aber kaum erhältlich, da der Umsatz durch manche behördliche Verfügungen behindert wird. Die Ankünfte von Heu gehen meist an den Magistrat, so daß für den Verkehr nichts übrig bleibt. Heidekraut steht augenblicklich nur wenig zur Verfügung. Wetter: Kühler.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Hubert Maaner, sämtlich in Halle-Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191804191-18/fragment/page=0004
DFG